

**Protokoll**  
**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der**  
**Stadtverordnetenversammlung - Stavo/022/2009**  
**am Mittwoch, den 06.05.2009**  
**im großen Sitzungssaal**

Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 22:10 Uhr

Um 19.05 Uhr eröffnet Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer die 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten Graf zu Solms-Laubach und Ritter sowie die Damen Stadtverordneten Schäfer-Klaus und Dietz.

Der Magistrat wird vertreten durch Herrn Bürgermeister Spandau, Herrn 1. Stadtrat Birke, die Herren Stadträte Braunroth, Häusler, Kircher, Lindner, Parr, Teubner-Damster und Knoll sowie Frau Stadträtin Metje. Von der Verwaltung sind Herr Magistratsoberrat Weicker und die Schriftführerin Frau Schima anwesend.

Gegen die nunmehr vorliegende Tagesordnung werden keine Beanstandungen vorgebracht.

**Tagesordnung:**

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 03.03. und 20.04.2009
- 3 Amtseinführung und Verpflichtung des neugewählten Bürgermeisters, Herrn Peter Klug
  - 3.1 Aushändigung der Ernennungsurkunde
  - 3.2 Ableistung des Diensteides
  - 3.3 Einführungsrede des Herrn Peter Klug
  - 3.4 Grußworte
- 4 Vergabe der Laubach-Card an ehrenamtlich Tätige
- 5 Mitteilungen

- 6 Anfragen
- 7 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Kernstadt  
Bebauungsplan "Auf der Geisenwiese - In der Aue" 3. Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
- 8 Satzungsrecht der Stadt Laubach;  
hier: Außerkraftsetzung verschiedener Satzungen, Benutzungsordnungen und  
Richtlinien der Stadt Laubach
- 9 Ausbau Kinderbetreuung U-3 im Kindergarten Adolf Wieber Straße  
hier: Beratung und Beschlussfassung über die Realisierung eines Anbaues auf  
der Grundlage des Vorentwurfes
- 10 Gewährung einer Zuwendung für die Innensanierung der Ev. Stadtkirche sowie  
der Friedhofskapelle in Laubach
- 11 Einberufung eines "Runden Tisches" (Arbeitsgruppe) zum Thema  
- Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren in Laubach -  
hier: Gem. Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 31.03.2009, Eingeg. am  
02.04.2009

## **Beratung:**

### **1 Eröffnung und Begrüßung**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

### **2 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 03.03. und 20.04.2009**

Gegen die Niederschrift der 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom erheben sich keine Einwendungen.

In der Niederschrift der 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird auf Antrag des Herrn Stadtverordneten Köhler *bei Tagesordnungspunkt 1, Ranglistenplatz 4 (Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen 2009), Abs. 1*, nachfolgender Satz gestrichen:

*„... Herr Stadtverordneter Köhler von der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN schließt sich diesem Antrag an...“*

### **3 Amtseinführung und Verpflichtung des neu gewählten Bürgermeisters, Herrn Peter Klug**

Zu Beginn hält Herr 1. Stadtrat Birke die Eröffnungsrede zur Amtseinführung des neu gewählten Bürgermeisters, Herrn Peter Klug.

#### **3.1 Aushändigung der Ernennungsurkunde**

Herr 1. Stadtrat Birke verliest den Text der Ernennungsurkunde und händigt diese dem neu gewählten Bürgermeister, Herrn Peter Klug, aus.

#### **3.2 Ableistung des Diensteides**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer verliest die Eidesformel gemäß § 72 HBG zur Ablegung des Diensteides, welche vom zukünftigen Bürgermeister, Herrn Peter Klug, nachgesprochen wird.

Anschließend führt Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer -entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des § 46 Abs. 1 HGO- den neu gewählten Bürgermeister, Herrn Peter Klug, in sein Amt ein und verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

#### **3.3 Einführungsrede des Herrn Peter Klug**

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes hält der zukünftige Bürgermeister, Herr Peter Klug, seine Antritts- bzw. Einführungsrede.

#### **3.4 Grußworte**

Im Einzelnen werden folgende Grußworte an den zukünftigen Bürgermeister, Herrn Peter Klug, gerichtet:

1. Herr Bürgermeister Spandau
2. Herr Fraktionsvorsitzender Siegfried für die SPD-Fraktion
3. Herr Fraktionsvorsitzender Köhler für Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN
4. Herr Stadtverordneter Semmler für die FW-Fraktion
5. Herr Stadtverordneter Frank
6. Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Metje für die FDP-Fraktion
7. Herr Fraktionsvorsitzender Ruppel für die CDU-Fraktion
8. Herr Kreisbeigeordneter Fricke
9. Herr Personalratsvorsitzender Sieg

Im Anschluss wird die Sitzung für eine zehnminütige Pause unterbrochen.

#### **4 Vergabe der Laubach-Card an ehrenamtlich Tätige**

In Ausführung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 12.11.2008 verleiht Herr Bürgermeister Spandau nachfolgenden Personen als Anerkennung für ihre ehrenamtliche Tätigkeit bei der Grünberger Tafel in Laubach die ersten „*Laubach-Card*“:

1. Frau Mathilde Anders
2. Frau Gerlinde Berk
3. Frau Loni Kastner
4. Frau Christa Thiemann
5. Frau Heike Walther
6. Frau Helga Diehl (in Abwesenheit)
7. Frau Erika Godosar (in Abwesenheit)

#### **5 Mitteilungen**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer gibt bekannt, dass am 18.05.2009 eine Waldbegehung stattfindet. Treffpunkt ist um 17.00 Uhr am Rathaus.

Herr Bürgermeister Spandau macht folgende Mitteilungen:

1. In den kommenden Tagen wird mit dem Ausbau der Ortsdurchfahrt in Wetterfeld begonnen. Dazu wird ab 11.05.2009 die Ortsdurchfahrt voll gesperrt sein. In Bezug auf die Kanalsanierung haben die Arbeiten bereits im Bereich der Einmündung Herrenhausgasse/Mühlgasse begonnen.
2. Die Kanal- und Wasserleitungsbauarbeiten im Gewerbegebiet in Laubach (1. Teilabschnitt) sind nahezu abgeschlossen. Die Baustraße wird voraussichtlich in der nächsten Woche asphaltiert und kann somit bereits in den nächsten Wochen für den Verkehr freigegeben werden kann. Damit ist die direkte Zufahrt vom Kreisel in das Gewerbegebiet gewährleistet.
3. In Bezug auf den Grundstücksverkauf im Gewerbegebiet in Laubach und das darauf folgende Schreiben des nicht berücksichtigten Investors (Fa. Schoofs) an die Mitglieder des Haupt- u. Finanzausschusses und des Umwelt-, Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses gibt Herr Bürgermeister Spandau den betreffenden Ausschussmitgliedern eine Referenzliste der Fa. Welker GmbH und ein Schreiben der ROSCO-Unternehmensgruppe zur Fähigkeit von Herrn Welker sowie mehrere Presseberichte der heimischen Presse zum Neubau der Galerie „*Neustädter Tor*“ zur Kenntnis. Des weiteren erhalten die Mitglieder der beiden

Ausschüsse einen Presseartikel der Stadt Grünberg zur Kenntnis, in dem über die gescheiterte Grundstücksentwicklung/Überplanung der Fa. Schoofs im Gewerbegebiet Grünberg sowie die Reaktion der Fa. Schoofs gegenüber dem Magistrat der Stadt Grünberg berichtet wurde.

4. Die Kanalbauarbeiten in Gonterskirchen im Bereich der Straße „Zum Sportplatz“ sind weitestgehend abgeschlossen. Die Fahrbahn soll in der 20. KW asphaltiert werden.
5. Die Sanierungsarbeiten (1. BA) an der Technik im Hallenbad haben am 04.05.2009 begonnen.
6. Das Hess. Umweltministerium hat ein Konjunkturförderprogramm zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur (z.B. Kindergärten, Sozialeinrichtungen etc.) aufgelegt. Laubach wurde in dieses Programm aufgenommen. Die Förderrichtlinien werden den Herren Fraktionsvorsitzenden noch zur Verfügung gestellt werden.
7. In Bezug auf das Energiewerk in Laubach wurden in den vergangenen Wochen mit den Stadtwerken Gießen Gespräche über die Verlegung der Rohleitungen und den Vertrieb der Fernwärme geführt. Diese Gespräche werden in einer der nächsten Magistratssitzungen noch weiter vertieft.
8. Auf Grund des zunehmenden Besucheraufkommens im Ruheforst wird eine Erweiterung der Parkflächen notwendig. Der derzeitige Parkplatz wird daher um 20 m verlängert.
9. Herr Bürgermeister Spandau wurde von Herrn Stadtbrandinspektor Sussmann schriftlich gebeten dem Stadtverordnetenbeschluss zum Konjunkturförderprogramm zu widersprechen. Eine eingehende Prüfung hat jedoch ergeben, dass keine Gründe für einen Widerspruch vorliegen. Eine Kopie des Antwortschreibens an Herrn Stadtbrandinspektor Sussmann wird den Herren Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt.

## **6 Anfragen**

Herr Stadtverordneter Baumgartner bittet um folgende Informationen zu den Waldbiotopen in Laubach:

1. Anzahl und Lage der Biotope
2. Größe der Flächen der einzelnen Biotope / Gesamtfläche der Biotope
3. Wie sind diese Biotope kenntlich gemacht?
4. Welche Einschränkungen bestehen für diese Biotope?
  - Dürfen diese Biotope betreten werden?

- Gibt es forstwirtschaftliche Einschränkungen, ggf. welche?
  - Gibt es jagdliche Einschränkungen, ggf. welche?
  - Gibt es sonstige Einschränkungen (z. B. wasserwirtschaftlich)?
5. Für wie viele Jahre gelten die vertraglichen Regelungen / Einschränkungen?
6. Welche Erlöse hat die Stadtwaldstiftung durch die Einrichtung dieser Biotope erzielt?

Herr Bürgermeister Spandau teilt dazu mit, dass die erbetenen Informationen ausführlich von Herrn Busch, KB Forst, schriftlich erläutert wurden. Ein Kopie dieser Ausführungen wurde an die Herren Fraktionsvorsitzenden verteilt und sind dem Originalprotokoll als Anlage 1 beigefügt.

Herr Stadtverordneter Dr. Metje stellt folgende Anfrage:

Im Verlauf der jüngsten Berichterstattung über die Fortentwicklung des Radwegenetzes im Kreis Gießen und in den an Laubach angrenzenden Gemeinden wird immer deutlicher, welche große Chance Laubach durch den Verzicht auf den Ausbau des Radweges auf der ehemaligen Bahntrasse Hungen – Laubach – Mücke verpasst hat. Meine Fraktion möchte daher wissen:

1. Welches Konzept wird derzeit von der Stadt Laubach im Hinblick auf den Ausbau des Radweges Hungen – Laubach – Mücke verfolgt und in welchem Planungszustand befindet sich dieses Konzept?
2. Im Hinblick auf die zunehmende Vernetzung von Radwegen im gesamten Kreisgebiet stellt sich zudem die Frage nach einem koordinierten Vorgehen in der Beschilderung der vorhandenen Radwege. Derzeit ist – vielleicht mit Ausnahme der Stadt Gießen – hier kein kreisweit koordiniertes Vorgehen erkennbar. Für uns stellt sich daher die Frage, worin die Stadt Laubach ihren eigenen Beitrag zu einer einheitlichen Radwegbeschilderung sieht und welche Maßnahmen sie hierfür zu ergreifen gedenkt.

Herr Bürgermeister Spandau beantwortet die beiden Fragen wie folgt:

- zu 1. Die Stadt Laubach beschäftigt sich seit Jahren mit der Realisierung eines Radweges auf dem ehemaligen Bahndamm zwischen Hungen und Mücke. Auf dem Teilabschnitt von Laubach bis Freienseen liegt Baurecht vor und die Eingriffs- und Ausgleichsbewertung bzw. –planung ist abgeschlossen.

Zuschussmittel in Höhe von 80% wurden vom Land Hessen bewilligt, aber von der Stadt Laubach im Sommer 2006 nicht in Anspruch genommen. Hierzu liegt auch ein Stadtverordnetenbeschluss vor. Es gibt dazu keine neuen Aktivitäten, nach dem die Stadtverordnetenversammlung dieses Vorhaben gestoppt hat.

Auf der Teilstrecke von der Gemarkungsgrenze zwischen Hungen und Laubach und der Kernstadt Laubach gibt es keine, über Verkaufsverhandlungen hinausgehenden, Aktivitäten. Die Bahn hat deutlich überhöhte Kaufpreisforderungen gestellt und trotz zahlreicher Gespräche und

Nachverhandlungen ist die Bahn nicht von ihrer hohen Kaufpreisforderung abgegangen, die der Magistrat für deutlich überhöht hält. Konkrete Planungen im Hinblick auf eine Genehmigung eines Vorhabens gibt es nicht, dieses u.a. auch deshalb, um der Bahn nicht zusätzliche Munition für die Realisierung ihrer Kaufpreisforderungen zu geben.

zu 2. Nachdem sich die Radexperten der vier Ostkommunen im Jahr 2007 zusammengesetzt und ein einheitlich zu beschilderndes gemeinsames flächendeckendes Radwegenetz identifiziert hatten, wurde das Projekt zur Förderung durch das integrierte regionale Entwicklungskonzept (iREK) vorgeschlagen und der Verein Gießener Land hat das Projekt in die Hand genommen. Aus der ursprünglichen 4-Kommunen-Lösung soll aber nun eine landkreisweite, alle 18 Kommunen umfassende Lösung geschaffen und die Beschilderung der Radwege im Landkreis einheitlich vorgenommen werden. Im Auftrag des Landkreises Gießen erstellt der ADFC derzeit ein Beschilderungskataster der Radwege im Kreis, das soll bis Juli 2009 fertig sein. Auf dieser Grundlage soll dann ein Projektsteuerer den Beschilderungsbedarf jeder einzelnen Gemeinde/Stadt ermitteln und die Schilder bestellen. Die Mittel für die Schilder muss dann jede Kommune selbst aufbringen bzw. Fördermittel beantragen (über die LEADER- Mittel des iREK geht das nicht, hier stehen andere Fördertöpfe zur Verfügung). Der Projektsteuerer ist in der Lage, ggfs. Sammelbestellungen für mehrere Kommunen aufzugeben.

Insoweit gibt es also ein kreisweit koordiniertes Vorgehen, das Sinn macht.

Herr Stadtverordneter Frank stellt folgende Anfrage an den Magistrat:

1. Woraus ergibt sich das öffentliche Interesse an der Durchführung einer solchen Feier?
2. Aus welchen Gründen ist es Herrn Spandau nicht zuzumuten, die Kosten einer nur für seinen Eintritt in den Ruhestand durchgeführten Veranstaltung aus eigenen Mitteln aufbringen zu müssen? Ist seine Besoldung (B2) vielleicht nicht amtsangemessen und damit nicht ausreichend?
3. Wie ist die Finanzierung einer solchen Veranstaltung aus städtischen und damit öffentlichen Mitteln mit den von der Kommunalaufsicht verlangten Einsparungen zu vereinbaren? Soll die Feier eventuell aus den Einsparungen bestritten werden, welche durch den Austritt aus drei Organisationen (siehe hierzu Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.2009 Vorlage-Nr. 423/2009) frei werden?
4. Aus welcher Haushaltsstelle sollen die Mittel für den Ausstand entnommen werden?

Herr 1. Stadtrat Birke beantwortet die Anfrage wie folgt:

Es gehört zu den Grundprinzipien jeder Kommunalverwaltung einen langjährig im Amt gewesenen Bürgermeister am Ende seiner Amtszeit zu verabschieden und diese Verabschiedung in einem angemessenen, würdigen Rahmen durchzuführen.

Dieses bezieht sich sowohl auf die äußere Form der Verabschiedung als auch auf den Kreis der einzuladenden Gäste.

Dabei hat eine solche Verabschiedung die Funktion für die vielfältig geleisteten Dienste, die zeitlich weit über das übliche Maß hinaus gehen, Dank zu sagen und die Leistung entsprechend zu würdigen.

Dem entsprechend hat der Magistrat beschlossen, eine Verabschiedung in einem ansprechenden Rahmen durchzuführen. Der Ältestenrat hat sich in einer Sitzung ebenfalls mit diesem Thema befasst und diesem Vorhaben uneingeschränkt seine Zustimmung erteilt.

Somit ist die Initiative von städtischen Gremien ausgegangen, so dass sich die Frage einer Kostenträgerschaft durch Bürgermeister Spandau nicht stellt. Die Finanzierung der Veranstaltung erfolgt im Rahmen der Gesamtdeckung des Gesamthaushaltes: Der Magistrat hat die Kompetenz die Mittel überplanmäßig beim Produkt 11.1.01 bereitzustellen.

Des weiteren stellt Herr Stadtverordneter Frank noch folgende Anfrage an den Magistrat:

1. Muss nicht aufgrund der Pläne der Salzmann/Braun GbR der Bebauungsplan für das Vorhaben der DPI Management AG Ltd. geändert werden?
2. Wenn eine solche Änderung erforderlich ist: Wer trägt die Kosten hierfür? Ist eine Vorkehrung für die Überwälzung der Planungskosten auf die Käuferin im abzuschließenden kauf-bzw. Erschließungsvertrag vorgesehen?
3. Aus welchen Gründen wurden keine Auskünfte über die DPI Management Ag Ltd. und ihre maßgeblichen Repräsentanten in Deutschland zu deren wirtschaftlichen Verhältnisse bei den einschlägigen Auskunfteien (z. B. Schimmelpfennig oder Creditreform) eingeholt und zur Grundlage der Entscheidung gemacht, ob überhaupt Verhandlungen mit dieser Gesellschaft aufgenommen werden sollten?
4. Warum wurden vor den beiden Wahlgängen um den Posten des Bürgermeisters am 07.12.2008 bzw. 21.12.2008 der Laubacher Öffentlichkeit der Farce vorgespielt, die DPI Management AG Ltd. Habe das notariell beurkundete Angebot der Stadt Laubach angenommen und werde in Kürze mit der Verwirklichung ihres Vorhabens beginnen, obwohl bereits bekannt war, dass das Unternehmen das Vorhaben nie würde verwirklichen können.
5. Hat sich der Magistrat über das Finanzierungskonzept der DPI Management AG Ltd. unterrichtet bzw. unterrichten lassen? Handelt es sich um ein Unternehmen, das als Immobilienfonds bezeichnet werden kann und bei dem die Kommanditisten mit ihren Kommanditeinlagen erst die Finanzierung des geplanten Vorhabens ermöglichen? Ist das Vorhabend deswegen gescheitert, weil die DPI Management AG Ltd. nicht genügend zahlungskräftige Kommanditisten gefunden hat.

6. Wer trägt die Kosten für die notarielle Beurkundung des Angebotes der Stadt Laubach an die DPI Management AG Ltd. sowie die Planungskosten für die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes? Hat die DPI Management AG Ltd. vorher für diese Kosten einer Sicherheitsleistung erbracht?

Herr Bürgermeister Spandau beantwortet die Anfrage wie folgt:

- zu 1. Eine Änderung des Bebauungsplanes ist nicht notwendig. Soweit bauliche Anlagen dem Bebauungsplan nicht entsprechen werden diese -da sie von untergeordneter Bedeutung sind- über Befreiungen legitimiert. Die Bauaufsicht hat in einem Behördentermin am 08.04.2009 die Erteilung dieser Befreiungen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens in Aussicht gestellt.
- zu 2. Die gesamten Kosten für die Aufstellung des Bebauungsplans hat Frau Salzmann, als ausschließlich vom Bebauungsplan Bevorteilte, getragen. Kosten für eine Bebauungsplanänderung fallen jedoch nicht an (siehe Punkt 1). Wären solche angefallen, hätte diese ebenfalls Frau Salzmann bzw. die neu gegründete Gesellschaft bürgerlichen Rechts zu tragen.
- zu 3. Frau Salzmann ist seit Jahren bestrebt den Neubau eines Altenheims zu realisieren. Dazu ist der Bebauungsplan auf ihren Antrag und auf ihre Kosten hin erstellt worden. Frau Salzmann hat dann zur Finanzierung dieses Vorhabens die DPI Management ausgewählt und uns als Vertragspartner vorgestellt und vorgeschlagen. Wir haben ein starkes Interesse daran, dass Frau Salzmann ihren Betrieb in einem neu errichteten Altenheim durchführen kann. Dieses war Gegenstand aller Beschlüsse in der Vergangenheit zu dem Thema Neubau eines Altenheimes. Es gab daher keinerlei Notwendigkeiten für den Magistrat oder die Verwaltung die Zahlungsfähigkeiten zu prüfen, denn die DPI Management hatte entsprechende Gespräche und Verträge mit Frau Salzmann. Im Übrigen war ein anderer Investor nicht vorhanden.
- zu 4. Die DPI Management hat das Kaufangebot der Stadt Laubach am 04. November 2008 notariell angenommen. Somit ist ihre Aussage, dass der Öffentlichkeit eine Farce vorgespielt wurde falsch. Es wurde der Öffentlichkeit nicht vorgespielt, dass das Kaufangebot angenommen worden war, sondern das Angebot ist vor dem Laubacher Notar angenommen worden.
- zu 5. Bei der DPI Management handelt es sich um eine Limited, also einer GmbH nach englischem Recht. Das Vorhaben ist gescheitert, weil die DPI Management die Gesamtkosten von rund 5 Mio. Euro nicht aufbringen konnte. Warum die Gelder nicht aufgebracht werden konnten, kann nur gemutmaßt werden (Finanz- und Wirtschaftskrise).
- zu 6. Die Kosten für die notarielle Beurkundung des Angebots der Stadt Laubach hat die DPI Management zu tragen. Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sind durch Frau Salzmann getragen worden. Damit entfällt auch ihre Frage nach der Aufbringung einer Sicherheitsleistung. Zusammenfassend ist aber darauf hinzuweisen, dass der jetzt in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beschlossene Verkauf des

Grundstückes an die GbR Salzmänn/Braun unter Würdigung aller Gesichtspunkte für die Stadt finanziell günstiger ist und einen höheren Ertrag bringt.

**7 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Kernstadt  
Bebauungsplan "Auf der Geisenwiese - In der Aue" 3. Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 407/2009.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach beschließt den Bebauungsplan Nr. 1.7 "An der Geisenwiese / In der Aue" für den räumlichen Geltungsbereich der 2. Änderung aus dem Jahr 2003 zu ändern.
2. Planziel der erneuten Änderung ist die Aktualisierung der Sortimente und der zugehörigen Verkaufsflächen im Non-Food-Bereich. Es ist nunmehr durch den Magistrat der Stadt Laubach zu prüfen welche Sortimente im Gewerbegebiet zugelassen werden können bzw. ausgeschlossen bleiben müssen.
3. Der räumliche Geltungsbereich umfasst das Grundstück in der Philipp-Reis-Straße 13-15 (Gemarkung Laubach, Flur 12, Flurstück-Nr. 68/17).
4. Die Änderung des Bebauungsplanes erfolgt im Verfahren nach § 13/13a BauGB mit einer einstufigen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie einer Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Vor der Abstimmung verlässt Herr Stadtverordneter Lakos aus Protest die Sitzung.

**Abstimmungsergebnis:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	9	8	2	2	1	31
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Bei der Abstimmung war Herr Stadtverordneter Lang nicht anwesend.

**8 Satzungsrecht der Stadt Laubach;  
hier: Außerkraftsetzung verschiedener Satzungen,  
Benutzungsordnungen und Richtlinien der Stadt Laubach**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 405/2009.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Außerkraftsetzung nachfolgend aufgeführter Satzungen, Benutzungsordnungen und Richtlinien mit sofortiger Wirkung:

1. Benutzungsordnung für während der Nacht durch Rolltore abgetrennte Parkplätze in der städtischen Tiefgarage
2. Satzung für den steuerbegünstigten Betrieb gewerblicher Art der Stadt Laubach „Durchführung des Internationalen Orgel- und Drehorgelfestivals“
3. Satzung für den steuerbegünstigten Betrieb gewerblicher Art der Stadt Laubach „Durchführung des Hessischen Blues-Festivals Blues, Schmus & Apfelmus“
4. Richtlinien für die Benutzung des Frei- und Hallenbades
5. Satzung zur Regelung des Wochenmarktwesens (Wochenmarktordnung)
6. Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes

### **Abstimmungsergebnis:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	9	8	2	2	1	31
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Bei der Abstimmung war Herr Stadtverordneter Lang nicht anwesend.

### **9 Ausbau Kinderbetreuung U-3 im Kindergarten Adolf Wieber Straße hier: Beratung und Beschlussfassung über die Realisierung eines Anbaues auf der Grundlage des Vorentwurfes**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 422/2009.

Der Antrag wird von Herrn Bürgermeister Spandau erläutert. Herr Bürgermeister Spandau teilt mit, dass sich die Stadtwaldstiftung mit bis zu 50.000 € an den Baukosten beteiligen wird. Weiterhin weist Herr Spandau auf die Diskussion über eine veränderte Planung in den Ausschüssen hin. Danach soll gem. Prüfauftrag des Jugend-, Sport-, Kultur- und Sozialausschuss der Flur, ebenso wie eine Personaltoilette entfallen, und zusätzlich eine Kindertoilette geschaffen werden. Dieses sei –so Spandau- möglich und würde die Grundfläche um 22 m<sup>2</sup> verringern (mit entsprechender Kostenreduzierung).

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Stadtverordneter Roeschen und Frau Stadtverordnete Dr. Schmahl.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt –auf der Grundlage der von den Fachausschüssen erbetenen Änderungen und dem Gespräch mit dem Landkreis Gießen- die Realisierung des Um- und Anbaues des Kindergartens Adolf-Wieber-Straße zur U-3 Betreuung mit Kosten in Höhe von 220.000 € einschl. MwSt. (*Der geänderte Planentwurf und der Aktenvermerk über das Gespräch mit dem zuständigen Fachdienstleiter beim Landkreis Gießen ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt*).

Des weiteren beschließt die Stadtverordnetenversammlung die fehlenden finanziellen Mittel in Höhe von 40.000,- € im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2009 gemäß § 100 HGO als überplanmäßige Ausgabe bereitzustellen.

*Anmerkung zu Protokoll: Die Bereitstellung fehlender finanzieller Mittel dürfte auf Grund der finanziellen Beteiligung der Stadtwaldstiftung nicht notwendig werden.*

### **Abstimmungsergebnis:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	9	9	2		1	30
Nein-Stimmen					2		2
Enthaltungen							

## **10 Gewährung einer Zuwendung für die Innensanierung der Ev. Stadtkirche sowie der Friedhofskapelle in Laubach**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 425/2009.

Der Antrag wird von Herrn Bürgermeister Spandau erläutert.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Bürgermeister Spandau, die Herren Stadtverordneten Semmler, Köhler, Wagner und Siegfried sowie Herr 1. Stadtrat Birke.

Herr 1. Stadtrat Birke teilt mit, dass Herr Graf zu Solms-Laubach wohl beabsichtigt, die Innensanierung der Stadtkirche mit 20.000 € zu unterstützen.

Herr Fraktionsvorsitzender Köhler stellt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN den Antrag, die Zuwendung für die Innensanierung der Stadtkirche von 10.000 € auf 25.000 € zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag von Herrn Fraktionsvorsitzenden Köhler:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen			9	2		1	12
Nein-Stimmen	9	5			2		16
Enthaltungen		4					4

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 10.000,00 € für die Innensanierung der Stadtkirche in Laubach.
2. die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 50%, höchstens 6.000,00 €, an den Renovierungs- und Reparaturkosten sowie Beschaffungen an und in der Friedhofskapelle in Laubach.

Der Magistrat wird beauftragt und ermächtigt, die notwendigen Veranlassungen und Schritte vorzunehmen.

Die Mittel werden gemäß § 100 HGO außerplanmäßig, im Vorgriff auf den Nachtragshaushaltsplan 2009 bereit gestellt.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass über die Punkte 1 und 2 getrennt abgestimmt werden soll.

**Abstimmungsergebnis zu Punkt 1 „Innensanierung der Stadtkirche“:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	9		2	2		22
Nein-Stimmen							
Enthaltungen			9			1	10

**Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 „Renovierung der Friedhofskapelle“:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	9	8	2	2	1	31
Nein-Stimmen			1				1
Enthaltungen							

**11 Einberufung eines "Runden Tisches" (Arbeitsgruppe) zum Thema - Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren in Laubach - hier: Gem. Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 31.03.2009, Eingeg. am 02.04.2009**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 424/2009.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren Stadtverordneten Baumgartner, Köhler, Sussmann, Dr. Metje, Semmler und Dr. Rinker sowie Herr Bürgermeister Spandau.

Herr Fraktionsvorsitzender Köhler stellt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN den Antrag, dass die erste Sitzung dieses „Runden Tisches“ im Feuerwehrgerätehaus in Altenhain stattfinden soll.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag von Herrn Fraktionsvorsitzenden Köhler:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen		6	9	2		1	18
Nein-Stimmen	1	1			1		3
Enthaltungen	8	1			1		10

Bei der Abstimmung war Herr Stadtverordneter Dr.med. Diepolder nicht anwesend.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Metje stellt für die FDP-Fraktion den Antrag, dass der „Runde Tisch“ zu Beginn seiner Tätigkeit eine Prioritätenliste der FFW vorgelegt bekommt.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag von Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Metje:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	8	8			2		18
Nein-Stimmen			3				3
Enthaltungen	1		6	2		1	10

Bei der Abstimmung war Herr Stadtverordneter Dr.med. Diepolder nicht anwesend.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat der Stadt Laubach wird aufgefordert eine Arbeitsgruppe zu initiieren, die der Stadtverordnetenversammlung Lösungsvorschläge vorlegt, wie mittelfristig die personelle Einsatzbereitschaft der Feuerwehren in Laubach sichergestellt werden kann.

Dieser Arbeitsgruppe sollten z.B. angehören:

Fachbereichsverantwortliche aus der Verwaltung, Vertreter der Feuerwehren, Vertreter der parlamentarischen Gremien, Jugendliche, fachkundige Bürger, usw.

Ziel soll es sein, durch gezielte Maßnahmen wieder mehr aktive Mitglieder in den Einsatzabteilungen der Feuerwehren zu erhalten.

**Abstimmungsergebnis:**

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	9	8	9	2	2	1	31
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Bei der Abstimmung war Herr Stadtverordneter Dr.med. Diepolder nicht anwesend.

(Alfred Schäfer)  
Vorsitzender

(Ulrike Schima)  
Schriftführer/in

## **Anwesenheitsliste**

### **der öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.05.2009**

#### **Stadtverordnetenvorsteher**

Stadtverordnetenvor- Schäfer, Alfred  
steher

---

#### **CDU-Fraktion**

Stadtverordnete Albert, Ingrid  
Stadtverordneter Beyer, Uwe  
Stadtverordnete Diepolder, Christine  
Stadtverordneter Diepolder, Michael Dr. med.  
Stadtverordneter Kröll, Axel  
Stadtverordnete Lotz, Jennifer  
Stadtverordneter Maikranz, Siegbert  
Stadtverordneter Rinker, Mike Dr.jur.  
Stadtverordneter Ruppel, Björn Erik

---

---

---

---

---

---

---

---

---

#### **SPD-Fraktion**

Stadtverordneter Baumgartner, Wolfgang  
Stadtverordneter Becker, Hans-Jürgen  
Stadtverordneter Berk, Christian  
Stadtverordneter Esmer, Kenan Dipl.-Ing. (FH)  
Stadtverordneter Lakos, Heinz  
Stadtverordneter Mohr, Harald  
Stadtverordnete Poschpiech, Sigrid  
Stadtverordneter Siegfried, Werner  
Stadtverordneter Wagner, Horst

---

---

---

---

---

---

---

---

---

#### **Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen**

Stadtverordneter Köhler, Michael  
Stadtverordnete Schmahl, Christiane Dr.

---

---

#### **FDP-Fraktion**

Stadtverordneter Metje, Tim Dr.  
Stadtverordneter Roeschen, Eberhard

---

---

**FW-Fraktion**

Stadtverordneter	Axmann, Leo	_____
Stadtverordneter	Gottwals, Ralf	_____
Stadtverordneter	Haas, Günter	_____
Stadtverordneter	Lang, Horst	_____
Stadtverordneter	Neuhäuser, Josef	_____
Stadtverordneter	Oßwald, Dirk	_____
Stadtverordneter	Semmler, Günther	_____
Stadtverordneter	Sussmann, Anne	_____
Stadtverordneter	Sussmann, Michael	_____

**Bürger für Laubach**

Stadtverordneter	Frank, Hans-Georg	_____
------------------	-------------------	-------

**Magistrat**

Bürgermeister	Spandau, Claus	_____
1. Stadtrat	Birke, Lothar	_____
Stadtrat	Braunroth, Helge	_____
Stadtrat	Häusler, Rainer	_____
Stadtrat	Kircher, Helmut	_____
Stadtrat	Knoll, Kurt	_____
Stadtrat	Lindner, Hans-Peter	_____
Stadträtin	Metje, Heidrun	_____
Stadtrat	Parr, Hans Walter	_____
Stadtrat	Teubner-Damster, Hans-Georg	_____

**Schriftführer/in**

Verwaltungsfachan- gestellte	Schima, Ulrike	_____
---------------------------------	----------------	-------

**Verwaltung**

Magistratsoberrat	Weicker, Karl-Heinz	_____
-------------------	---------------------	-------

entschuldigt fehlt

**CDU-Fraktion**

Stadtverordneter	Graf zu Solms-Laubach, Karl S.E.	_____
------------------	----------------------------------	-------

**SPD-Fraktion**

Stadtverordnete Schäfer-Klaus, Gabriele

---

**Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen**

Stadtverordnete Dietz, Barbara

---

**FW-Fraktion**

Stadtverordneter Ritter, Jochen

---